

«Es gibt keine Geldneutralität!»

Der emeritierte Professor Hans Christoph Binswanger ist Volkswirt. Zu seinen Schwerpunkten zählen Umwelt- und Ressourcenökonomie sowie die Geldtheorie. Er entwickelte die Idee einer ökologischen Steuerreform (Ökosteuern) und gilt seit den 1960er Jahren als profiliertester Wachstumskritiker. Bernhard Steiner hat ihn in St. Gallen getroffen.

Ich treffe Herrn Professor Hans Christoph Binswanger im «Institut für Wirtschaft und Ökologie» an der Universität St. Gallen. Von 1969 bis zu seiner Emeritierung 1994 war Binswanger Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen. Unter seiner Ägide fand die bisher wohl einzige Doktorarbeit über Rudolf Steiners ökonomische Schriften statt: Georg von Canals «Geisteswissenschaft und Ökonomie». Noch bevor im Jahr 1970 die Untersuchungen des «Club of Rome» über «Die Grenzen des Wachstums» bekannt wurden, wandte sich Binswanger der ökologischen Frage zu. Mit seiner Schrift «Geld und Magie – Deutung und Kritik der modernen Wirtschaft anhand von Goethes Faust», die Mephistos Geldschöpfung als Fortsetzung der Alchemie mit anderen Mitteln deutet, erschloß er eine wenig bekannte Seite Goethes.

Sie haben sich früher als viele Wirtschaftswissenschaftler mit dem Verhältnis von Ökonomie und Ökologie beschäftigt. Was war der Anlaß?

Der direkte Anlaß war die Diskussion, die in den 1960er Jahren über das Postulat des wirtschaftlichen Wachstums aufkam. Wir haben doch in der Schule das physikalische Hauptgesetz gelernt, daß von nichts nichts kommt und daß nichts zu nichts wird, daß also nicht alles einfach immer mehr werden kann. Da kam mir die Idee, daß man vielleicht in der Wirtschaft nur auf das blickt, was mehr wird, und nicht sieht und auch nicht zahlenmäßig erfaßt, was weniger wird. Die Natur ist die Lebensgrundlage. Wird sie nur als Ressource ausgebeutet, zerstören wir sie. Das war dann auch das Thema meiner Antrittsvorlesung 1969 an der Universität St. Gallen: «Wirtschaftliches Wachstum – Fortschritt oder Raubbau?»

Welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang die Währungen? Sie hatten sich ja schon 1967 mit dem Thema «Markt und internationale Währungsordnung» habilitiert.

Ich bin von der Währungsfrage ausgegangen, bin aber bald auf die Geldfrage gestoßen, das heißt auf die Frage des gene-

rellen Verhältnisses vom Geld zur realen Wirtschaft. Ich mußte feststellen, daß diese Fragen sich nicht mit der konventionellen Ökonomie beantworten lassen, die behauptet, daß das Geld im Wirtschaftsprozess nicht mitwirke. Es sei «neutral». Das stimmt aber nicht! Es gibt keine Geldneutralität!

Die Idee der Gewinnmaximierung

Da tritt die Zinsproblematik auf...

...die Zins- und Gewinnproblematik! Das Problem ist: Wenn man ein Unternehmen gründet, muß man Geld haben, bevor man es verdient hat. Man muß ja Material kaufen und Leute bezahlen, die die Güter produzieren, bevor man die Produkte verkaufen kann; denn man kann sie erst verkaufen, wenn sie produziert worden sind. Das heißt, die Unternehmung hat ein Risiko – auf das sie nur eingeht, wenn es sich lohnt. Der Unternehmensgewinn ist ...

...ein Preis für das Risiko ...

Ja, ein Preis für das Risiko, und wenn man ein Risiko eingeht, will man möglichst viel dafür haben. Daraus folgt die Idee der Gewinnmaximierung. Diese mündet in ein exponentielles Wachstum, weil man gesamtwirtschaftlich nur Gewinne machen kann, wenn immer zusätzliches Geld einfließt. Zusätzliches Geld fließt ein durch die Kredite, die für Investitionen und damit das Wachstum der Produktion von den Banken aufgenommen werden. Aus den Gewinnen, die durch den Investitionsprozeß entstehen, wird auch der Zins bezahlt.

Da beschleicht einen ein ungutes Gefühl, denn nichts kann ewig wachsen.

Da liegt das Problem! Man verbraucht im Produktionsprozeß Natur. Es kommt zur Umweltzerstörung. Sie begann bereits um 700 v. Chr. mit der Entwicklung des Geldes in Griechenland. Es handelte sich damals um die Abholzung der Wälder. Man benötigte viel Holz zum Bau von Schiffen und Gebäuden. Im griechischen Mythos des habgierigen Königssohns Erysichthon ist diese Problematik dargestellt. Die Göttin Demeter bestraft ihn mit



Foto: Bernhard Steiner

HANS CHRISTOPH BINSWANGER, geboren 1929. Studium der Volkswirtschaftslehre in Zürich und Kiel; 1956 Promotion. 1957 bis 1967 wissenschaftlicher Assistent am «Schweizer Institut für Forschung und Internationale Ökonomie» der Universität St. Gallen. 1969 bis 1994 als Professor für Volkswirtschaftslehre an die Uni St. Gallen berufen. Geschäftsführender Direktor der «Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie» (1980–1992), von 1992 bis 1995 Direktor des «Instituts für Wirtschaft und Ökologie». Für seine Arbeit wurde der Autor unter anderem 1980 mit dem «Bundesnaturschutzpreis» und 1986 mit dem «Binding-Preis für Natur- und Umweltschutz» geehrt. Veröffentlichungen: «Markt und internationale Währungsordnung» (1969), «Wege aus der Wohlstandsfalle» (1978), «Arbeit ohne Umweltzerstörung» (1985), «Geld und Natur» (1992), «Geld und Wachstum» (1994), «Die Glaubensgemeinschaft der Ökonomen» (1998). Sein wohl bekanntestes Buch, «Geld und Magie» (1985), erschien auch in englischer Sprache unter dem Titel «Money and Magic». In Vorbereitung ist sein neues Buch über die «Wachstumsspirale» im Metropolis-Verlag, Marburg 2006.

ewigem Hunger. Es ist ein Bild für das exponentielle Wachstum, in das unsere Wirtschaft mündet. Heute ist der Wachstumstrend natürlich wesentlich verstärkt. Damals, im 7. Jahrhundert v. Chr., wurden zum erstenmal Münzen geprägt. Das Gold und Silber, das man nutzte, mußte man zuerst ausgraben. Das war relativ wenig. Heute haben wir das Papier- und Bankgeld. Das kann man sozusagen aus dem «Nichts» schöpfen. Es wird schnell immer mehr.

Glauben Sie, daß mit Regionalgeld dem Problem beizukommen ist?

Diese Währungen sind Nischenwährungen; sie sind als solche sozial wertvoll, man kann damit aber nicht die Weltprobleme lösen. Volkswirtschaftlich sind sie unbedeutend. Man kann etwa Flugzeuge nicht mit einer Regionalwährung kaufen. Oder sollte man auf Flugzeuge verzichten? Wenn man dies bejaht, wären Regionalwährungen eine Lösung.

«Ewige» Schulden endlos vermehren

Wäre dem Problem mit einer Abzinsung beizukommen? Die Probleme sind ja systemimmanent.

Ja, und darum auch nicht so einfach zu bewältigen! Lassen Sie mich dies kurz erklären: Das Geld besteht heute zum größten Teil aus Guthaben bei den Banken (Girokonten, Privatkonten und so fort), über die man durch Überweisung oder Kreditkarten verfügen kann. Man bezeichnet es als Bankgeld. Es entsteht vor allem dadurch, daß die Banken den Unternehmungen Kredite geben. Man spricht daher von Kredit- und Geldschöpfung. Dabei verschulden sich die Kreditnehmer bei den Banken, denn jeder Kredit ist ja auch eine Schuld. Indem die Banken mit einem Guthaben bei sich bezahlen, verschulden sich diese aber auch gleichzeitig bei den Kreditnehmern. Sie schulden ihnen Banknoten der Zentralbank. Diese werden aber nur zum kleinsten Teil eingefordert, weil man ja auch mit den Guthaben bei den Banken zahlen kann. Die Guthaben bei den Banken sind somit Schulden der Banken, die diese zum größten Teil nie einlösen müssen. Sie sind also zum größten Teil «ewige» Schulden.

Soweit die Banken sie aber doch einlösen müssen, kann ihnen die Zentralbank stets zusätzliche Banknoten zur Verfügung stellen, indem sie einen Teil der Kredite, die sie gegeben haben, an die Zentralbank weitergeben. Die Banknoten wiederum sind nichts anderes als verbrieftete Schulden der Zentralbank, die sie ursprünglich in Gold- oder Silbermünzen einlösen mußte. Diese Einlösungspflicht ist aber aufgehoben worden. Somit kann die Zentralbank unbeschränkt Banknoten ausgeben, denn durch die Aufhebung der Einlösungspflicht sind diese zu 100 Prozent und de jure zu «ewigen» Schulden geworden. Nichteinlösbare, «ewige» Schulden können endlos vermehrt werden.

Kann somit auch die Geldschöpfung der Banken endlos weitergehen?

Ja, Voraussetzung ist nur, daß die Rückzahlung der Kredite, die die Unternehmungen aufnehmen, stets durch neue Kredite überkompensiert wird, also die Kreditsumme und damit die Summe der Schulden und damit die Geldmenge stets ansteigt.

Ohne Wirtschaftswachstum kein Gewinn

Stetiges Wachstum der Geldmenge? Geht das überhaupt?

Dies ist nur so lange garantiert, wie die Unternehmungen Gewinne machen. Gewinne sind die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben. Damit gesamtwirtschaftlich Gewinne entstehen, müssen alle Einnahmen der Unternehmungen zusammen stets größer sein als alle Ausgaben der Unternehmungen zusammen.

Dies ist offensichtlich nur dann möglich, wenn stets Geld zufließt.

Zusammenfassend läßt sich also sagen: Kredite werden von den Banken gewährt und von den Unternehmungen beansprucht, wenn Aussicht auf Gewinne besteht. Gewinne entstehen, wenn weiter Kredite gewährt und beansprucht werden. Dabei muß die Zunahme der Kreditsumme und damit der Geldmenge stets größer werden, weil nur dann mehr Güter gekauft und entsprechend mehr Gewinne entstehen können, aus denen auch die Zinsen bezahlt werden. Das heißt: Die Differenz zwischen Einnahmen und Ausga-

*Wollen wir weiter wachsen?
Müssen wir weiter wachsen?
Schrumpft die Wirtschaft,
wenn wir nicht weiter wachsen?
Wo zielt das Wachstum
der Wirtschaft hin?*

ben und damit die Gewinnsumme muß stets größer werden. Unter dieser Voraussetzung ist das Wachstum der Wirtschaft ein sich selbst in Gang haltender Prozeß: Wenn die Wirtschaft wächst, kann sie auch immer weiter wachsen! Allerdings muß sie auch immer weiter wachsen, weil sonst keine Gewinne mehr entstehen und auch die Zinsen nicht mehr bezahlt werden können. Dann gerät die Wirtschaft aus den Fugen. Es entsteht eine Krise. Die Wirtschaft schrumpft. Daraus ergibt sich indirekt ein Wachstumszwang.

Ist diese Konsequenz unausweichlich?

Sie ist unausweichlich, solange man am System des sich selbst antreibenden Prozesses festhält. Will man dies ändern, weil man die ökologischen und sozialen Kollateralschäden, die damit verbunden sind, als zu hoch erachtet, muß man das ganze System reformieren. Die Abzinsungsfrage würde dabei eine Rolle spielen, aber nicht die alleinige. Es ist wichtig, daß man sich der Komplexität dieses Problems bewußt ist!

«Faust» und die Alchemie

Rudolf Steiner hat ja mit seinem «Nationalökonomischen Kurs» Ansätze geliefert, um das System zu verändern. Sie waren auch der Doktorvater einer Arbeit über Rudolf Steiners ökonomische Schriften. Mußten Sie das durchsetzen?

Nein, es gab keine Probleme. Die Arbeit von Georg von Canal ist, soviel ich weiß, die einzige Dissertation über den «Nationalökonomischen Kurs». Es gab wohl in

den 1920er Jahren noch eine Dissertation über das «Soziale Hauptgesetz», aber diese ist völlig vergessen gegangen.

Wie sind Sie zur Anthroposophie gestoßen?

Durch meine Frau. Sie ist Anthroposophin.

Was hat Sie bewogen, Goethes «Faust» ökonomisch zu deuten?

Ein erster Anlaß kam von seiten meines Lehrers an der Zürcher Universität, dem Volkswirtschaftler Friedrich Lutz. Dieser erwähnte eher beiläufig den Schotten John Law, der um 1715 von dem Regenten Frankreichs, dem Prinzen von Orléans, die Erlaubnis erhielt, eine Notenbank zu gründen, die das Recht hatte, Papiernoten herauszugeben. Diesen Law soll Goethe zum Vorbild gehabt haben, als er Faust seine Papiergeldpläne entwickeln ließ. Ich bin dem Thema nachgegangen und auf die Tatsache gestoßen, daß der Prinz von Orléans, der damals für den noch minderjährigen Ludwig XV. regierte, im gleichen Moment, in dem er John Law nach Paris holte, die Alchemisten entließ, die ihm hätten Geld aus künstlichem Gold machen sollen. Er hatte begriffen, daß der Neo-Alchimist John Law mit seiner Papiergeldausgabe viel erfolgreicher sein würde als die Alt-Alchimisten mit ihrem künstlichen Gold. Später bin ich darauf gekommen, daß die Alchemie zwei Aufgaben hat: nicht nur Gold zu machen im Sinne von Geld, sondern Gold zu machen im Sinne des großen Elixiers, das ewige Jugend und langes Leben garantiert. Mir ist aufgegangen – ich weiß nicht, warum das bisher niemandem aufgegangen ist –, daß die zwei Teile des «Faust» die zwei Aufgaben der Alchemie zum Thema haben. In der Hexenküche geht es um das große Elixier: Faust wird damit wieder jung und dadurch liebefähig. Im zweiten Teil geht es dann ums Geld und die Wirtschaft.

Woran arbeiten Sie zurzeit?

Eben habe ich mein neues Buch, an dem ich nahezu zwölf Jahre gearbeitet habe, abgeschlossen. Es heißt «Die Wachstumsspirale» mit dem Untertitel «Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses». Es behandelt gerade die Fragen, die wir in unserem Interview angesprochen haben. Wollen wir weiter wachsen? Müssen wir weiter wachsen? Schrumpft die Wirtschaft, wenn wir nicht weiter wachsen? Wo zielt das Wachstum der Wirtschaft hin? Darauf versuche ich, eine Antwort zu geben. ■

Das Interview führte Bernhard Steiner im Februar 2006 in St. Gallen.

Weniger statt mehr Staat

Die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens weckt Hoffnung, aber auch Skepsis, auch bei Menschen, die sich mit Rudolf Steiners Vorschlägen zur ›Dreigliederung des sozialen Organismus‹ beschäftigt haben. Ihr Hauptvorwurf: Das Grundeinkommen sei Symptombekämpfung und hätte nicht viel mit dem zu tun, worum es Steiner ging.¹ Von einer staatlichen Lösung sei nichts Gutes zu erwarten. Bei näherem Hinsehen beruhen diese Einwände auf einem Mißverständnis. Das Grundeinkommen bringt nicht mehr, sondern weniger Staat.

Im wirtschaftlichen Geschehen ist der Preis – also das, was sich zwischen Kauf und Verkauf abspielt – die entscheidende Größe. Im Preis treffen sich Geld und Ware. Schauen wir einmal genauer hin: Der Kauf eines Produktes hinterläßt eine Lücke im Regal, so daß der Händler beim Hersteller das Produkt nachbestellt und dieser wiederum neue Rohmaterialien für eine weitere Herstellung ordert. Das Ziel – der Kaufakt – ist die Ursache des Prozesses.

Produziert wird immer einer ungewissen Zukunft entgegen: Wird das Produkt auch gekauft? Wenn wir begrifflich genau sein wollen: Erst wenn ein Produkt gekauft wird, ist es ›Ware‹ und die Aktivität zu seiner Herstellung ›Arbeit‹. An einem einfachen Beispiel können wir uns dies verdeutlichen: Der Obstbauer pflückt Äpfel. Werden seine Produkte aus irgendeinem Grunde nicht verkauft (und er selbst muß zum Beispiel die Äpfel essen), war die Tätigkeit des Pflückens – volkswirtschaftlich betrachtet – keine Arbeit. Von der Ware (in diesem Fall dem Apfel) als kristallisierte Arbeit zu sprechen, wie Karl Marx es tut, ist ein Unding. Wer dies wirklich versteht, dem kann einleuchten, warum Arbeit im Grunde genommen gar nicht bezahlt werden kann! Der Wert und der Preis eines Gutes werden viel mehr von den Bedürfnissen geprägt und weniger von der Leistung.

Der Preis ist die entscheidende Größe. Nun ist heute etwas Interessantes festzustellen: Während vieler Jahre ist der Einkommensanteil im Preis (also jener Teil, mit dem Löhne bezahlt werden) gefallen und der Kapitalanteil gestiegen. Dies scheint einleuchtend, wird doch immer mehr mit dem Einsatz von Kapital (das heißt Investitionen in Produktionsmittel) produziert. Das Resultat von diesem Prozeß sind drei Dinge: Erstens wird es für den einzelnen immer schwieriger, die eigene Existenz durch den Lohn zu sichern. Zweitens kann jener, der schon über Kapital verfügt, mit etwas Geschick seinen Einkommensanteil immer weiter vermehren, ohne eine Leistung zu erbringen. Beides führt zu einer Erosion des Leistungsprinzips und in Prozesse sozialer Dissoziation. Die Folge – und damit wären wir beim

dritten Punkt – sind staatliche Eingriffe ins Wirtschaftsgeschehen: bürokratische Verordnungen, Begrenzung der Freiheitsrechte, soziale Transferleistungen verschiedener Art. Diese sollen in Deutschland insgesamt mittlerweile an die 720 Milliarden Euro betragen.

Fassen wir zusammen: Auch heute findet die Trennung von Leistung und Existenzsicherung schon in weitem Umfang statt, aber unter dem Zeichen der Geldmacht und der zunehmenden Eingriffe des Staates. Die Idee des Grundeinkommens postuliert auch eine Trennung von Leistung und Einkommen, allerdings unter dem Zeichen der Gerechtigkeit – im Sinne der Gleichbehandlung aller.

Das Geld fließt zum individuellen Verbraucher

Weil der Preis die entscheidende volkswirtschaftliche Größe ist, muß auch dort der Anteil für das Einkommen festgelegt werden. Mit dem über die Mehrwertsteuer finanzierten und bedingungslos ausbezahlten Grundeinkommen hätten wir genau dieses: dem Preis der Produkte wird ein der Allgemeinheit zukommender Einkommensanteil angefügt. Die ganze Palette staatlicher Entgleisungen (Bürokratie, Bevormundung, Ungerechtigkeiten) hätten wir nicht, wenn das Geld direkt von der Stelle, wo volkswirtschaftliche Werte geschaffen werden – also dort, wo Produkte mit Geld bezahlt werden –, zu jenen fließt, die das Geld gebrauchen, das heißt zum einzelnen Verbraucher.

Und der Staat? Greift er dabei nicht ebenfalls ungebührend in die Wirtschaftsprozesse ein? Nein, denn er hat dabei nur auf die Einhaltung der Regeln zu achten – wie zum Beispiel im Straßenverkehr. Fahre ich mit dem Auto, ist das noch lange kein ›staatlicher Verkehrsbetrieb‹, obwohl ich den Regeln der Verkehrsgesetzgebung unterliege und mit Sanktionen zu rechnen habe, wenn ich mich nicht daran halte. Auch das Grundeinkommen ist nicht staatlich, obwohl es der staatlichen Gesetzgebung mit ihren Sanktionen unterliegt. Diesen Punkt sollten jene beherzigen, die das Grundeinkommen als politische Lösung ansehen.

Schritte zu einer menschengemäßen Sozialgestalt

Sowohl der Staat wie auch das Grundeinkommen bilden zusammen eine durch Recht und Gerechtigkeit getragene Mitte des sozialen Organismus. Auch im menschlichen Organismus besteht die Mitte aus einer Doppelheit – dem Atem-Lungen-System und dem Herz-Kreislauf-System –, in der sich die Teile in Harmonie ergänzen. Sollte es gelingen, den Geldkreislauf vom Warenkreislauf zu entkoppeln, kann sich auch im sozialen Körper eine zweifache Mitte bilden. Bei primitiveren Tieren wie zum Beispiel den Gliederfüßern (Insekten, Spinnen) gibt es keinen getrennten Atem- und Blutkreislauf; dort dringt die Atemluft direkt von hinten in das Blut. Dazu schreibt der Forscher und Biologe Hermann Poppelbaum: ›Es ist von großer Wichtigkeit und bisher viel zu wenig beachtet, daß bei den Gliederfüßern, soweit sie luftatmend sind, der Sauerstoff der Vermittlung des Blutes nicht bedarf, um zu den Geweben zu gelangen.‹² Diese Vermittlung durch das Blut würde einem organischen Geldkreislauf entsprechen. Nicht umsonst wird das Geld das ›Blut der Wirtschaft‹ genannt, und nicht umsonst gibt es auch hier ein Versorgungs- und Kontrollorgan, das wie das Herz aus vier Kammern besteht: den beiden dem Geldkreislauf zugewandten, den Zentral- und den Privatbanken, und den dem Warenkreislauf zugewandten, dem Groß- und dem Einzelhandel. Sie alle vier sind organisch an der Versorgung des sozialen Körpers beteiligt.

Wird der Zugang zu Geld an Leistung gekoppelt, ist es so, als ob die Atemluft direkt von hinten ins Blut eindringt. Gelingt es hingegen, zwei differenzierte Kreisläufe zu bilden, die sich nach ihren eigenen Gesetzen entfalten, kann sich eine gesunde zweifache Mitte bilden: auf der einen Seite der Staat, der durch Gesetze innere Ordnung und äußere Sicherheit gewährleistet, und auf der anderen das Grundeinkommen, das die Menschen mit Geld versorgt, damit sie auch tüchtig sein können. Liberale sollten das beherzigen: Erst wenn dem Staat die Versorgungsfrage seiner Bürger abgenommen wird, kann er das werden, was er werden soll – ein reiner Rechtsstaat.

Gelingt dies, entsteht etwas, was sozialgestalterisch der Überwindung eines primitiven Zustandes gleichkäme. Es wäre der Schritt von einer – jetzt bildhaft gesprochen – tierartigen Sozialgestalt zu einer genuin menschlichen. ■

¹ Siehe Stephan Eisenhut: *Der Drache mit den vielen Köpfen*, in: ›Die Drei‹ Nr. 2/2006.

² Hermann Poppelbaum: *Tier-Wesenskunde*, Dornach 1954, S. 172.

«Wirtschaft trifft Soziales» im «Kunstraum Rhein», Basel | *Bernhard Steiner*

Jeder sein eigener Unternehmer

Unter dem Titel «Ein Schritt für die Wirtschaft – Quantensprung im Sozialen?» lud die Initiatorin und Gastgeberin Dorothea Deimann vom «Kunstraum Rhein» (KRR) am 30. Juni Wirtschaftsvertreter und Repräsentanten des Sozialwesens ins Gundeli-Casino in Basel zu einer Diskussion über die Machbarkeit eines leistungsunabhängigen Bürgergeldes ein. Neben den beiden Hauptreferenten Götz Werner und Paul Mackay waren Ueli Mäder, Peter Malama sowie Christoph A. Spenlé zu einer anschließenden Podiumsdiskussion eingeladen.

Immer wieder sehr überzeugend vermag Götz Werner (Begründer der «dm»-Drogeriemarktkette in Deutschland) den Zuhörern nahezubringen, welche Konsequenzen es aus den rasanten Veränderungen der heutigen Arbeitswelt zu ziehen gilt: Dank der fünften Schöpfung (den Maschinen) gibt es keinen Mangel mehr, die alte weisungsgebundene Arbeit wird somit zu einem Auslaufmodell. Die neue Arbeit fordert initiative Menschen, die im Bereich der Kulturarbeit, Fürsorge, Bildung und so weiter die Aufgaben ergreifen, welche das Leben stellt. Jeder ist Unternehmer seiner eigenen Biographie. «Wie kommt man in den Sattel und hängt nicht ewig am Schwanz des Pferdes?» Die Antwort auf diese Frage, die sich heute für jeden stellt, fordert gesellschaftlich ein Umdenken.

Ein Steuersystem, das die Einspeisung von Leistungen belastet, die Entnahme hingegen kaum, wirkt hemmend auf die Initiative des einzelnen. Hingegen könnte ein auf der Besteuerung des Konsums gründendes Steuersystem, zusammen mit einem bedingungslosen Grundeinkommen, den Wandel in die Dienstleistungsgesellschaft beschleunigen und der globalen Arbeitsteilung Rechnung tragen. Von seiten der Politiker ist wenig Innovatives zu erwarten. Sie sind weitgehend orientierungslos und scheinen nach dem Motto zu leben «Als wir das Ziel aus den Augen verloren haben, haben wir die Anstrengungen verdoppelt». Entscheidend ist es, daß immer mehr Menschen sich auf ihre eigene Kraft besinnen und vorgeben – auch den Politikern –, wo es langgeht. So kann ein Umsteuern eingeleitet werden.

Den Teufelskreis durchbrechen

Korreferent Paul Mackay (Vorstandsmitglied der Allgemeinen Anthroposophischen Gesellschaft am Goetheanum) stellte den Schritt zum Grundeinkommen in einen breiteren menschheitlichen und geschichtlichen Zusammenhang. Nach der Säkularisierung (Trennung von Kirche und Staat), der Einführung der Rechtsstaatlichkeit (Ge-

waltentrennung) griff die Arbeitsteilung zunehmend tiefer in das Wirtschaftsleben und nahm eine weltwirtschaftliche Dimension an. Durch die immer effektivere Produktionsweise wird dort, wo es möglich ist, menschliche Arbeit durch Maschinenarbeit ersetzt, was zur Folge hat, daß immer mehr Menschen aus der Produktion ausgeschlossen werden. Der Wohlfahrtsstaat trägt die ausgesteuerten mit, belastet damit aber weiter den Faktor «Arbeit», was dazu führt, daß die Lohnnebenkosten steigen. Dies verteuert wiederum die Arbeit mit der Konsequenz, daß sich der Faktor «Arbeit» weiter verteuert. Diesen Teufelskreis vermag das bedingungslose Grundeinkommen zu brechen.

Motivation zur Arbeit

In der anschließenden Diskussion leuchteten ein paar Themen auf, die aber nur gestreift werden konnten. Da stellte der sich zur sozialen Marktwirtschaft bekennende Peter Malama (Mitglied des Großen Rates Basel-Stadt) die Frage, wo die Motivation zur Arbeit herkommen soll, wenn jeder sein sicheres Einkommen hat. Werner wies darauf hin, daß es sich ja bloß um ein Grundeinkommen handele und daß jeder eine Motivation habe, etwas dazuzuverdienen. Entscheidend wäre aber der Ansatz, daß Arbeit und Lohn getrennt betrachtet werden müssen. Dieser Punkt wurde von allen anerkannt. Auch wies Werner darauf hin, daß bloß Druck auszuüben, wie es zum Beispiel mit den «Hartz-IV»-Gesetzen in Deutschland versucht wird, wenig bringen würde. Die damit verbundenen Einschränkungen der Freiheit greifen aber die Würde des

Menschen an.

Ein weiterer Diskussionspunkt bewegte sich um die verschiedenen Modelle der Grundsicherung. Da gibt es das amerikanische Modell des Nobelpreisträgers Milton Friedmann, der eine negative Einkommenssteuer zur Grundsicherung vorschlägt. Ueli Mäder (Professor für Soziologie an der Uni Basel), der verschiedene Forschungsarbeiten zu den Themen «Working poor» und «Armut» geleitet hat, stellte das Schweizer Modell der Ergänzungsleistungen (zusätzliche Hilfen für Menschen, deren Einkommen nicht für ihren Lebensunterhalt reicht) vor. Einen etwas anderen Blickwinkel brachte Christoph A. Spenlé vom Eidgenössischen Departement für Auswärtige Angelegenheiten als Experte für den



Verschiedene Modelle der Grundsicherung zur Diskussion. Im Bild: Paul Mackay, Götz Werner, Dorothea Deimann, Christoph A. Spenlé, Peter Malama und Ueli Mäder (v.l.n.r.)

internationalen Menschenrechtsschutz ein. Er beleuchtete die verschiedenen Uno-Konventionen, die das Recht auf Arbeit und angemessene Entlohnung schützen. Die Zeit war knapp, und sicher hätte das Publikum gerne mehr Fragen gestellt und das eine oder andere Thema noch näher aufgegriffen.

In ihrem Nachwort wies die Moderatorin und Gastgeberin Dorothea Deimann darauf hin, daß die Gesprächsreihe «Kunstraum Rhein lädt zum Gespräch» unter der Prämisse, Künstlerisches mit sozialem Engagement zu verbinden, fortgesetzt werden soll. ■

Von der Veranstaltung gibt es eine DVD mit dem Titel «Untersinnlich/übersinnlich: Energie Geld», zu beziehen über: Dorothea Deimann, Kunstraum Rhein, Oberer Rheinweg 25, CH-4058 Basel, Tel. +41 (0)61 701 16 88, 079 596 58 77, ddeimann@freesurf.ch.

Veranstaltungen zum Thema: Im November im KRR mit Ueli Mäder, Christoph A. Spenlé, Peter Malama und Paul Mackay u.a.; Michaeli-Tagung am Goetheanum vom 29. September bis 1. Oktober: «Grundeinkommen für jeden Menschen. Eine Herausforderung für Europa?» mit u.a. Paul Mackay, Götz Werner.